



**Kai Gehring**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### **IGLU-Studie: Gemeinsame Bildungsoffensive dringend notwendig!**

Berlin, 05.12.2017

Bezug:  
Anlagen:

**Kai Gehring, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Unter den Linden 50  
Raum: 2054  
Telefon: +49 30 227-74501  
Fax: +49 30 227-76642  
kai.gehring@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Kai Gehring MdB:**

Kopstadtplatz 13  
45127 Essen  
Telefon: +49 201-2698-200  
Fax: +49 201-2698-249  
kai.gehring@wk.bundestag.de

*Anlässlich der Vorstellung der Ergebnisse der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) erklärt Kai Gehring, Bildungsexperte der grünen Bundestagsfraktion:*

Insgesamt keine Verbesserung und in OECD-Rangliste ins untere Mittelfeld abgerutscht: die IGLU-Ergebnisse für Deutschland sind enttäuschend und müssen dringend zu größeren Anstrengungen führen. Die Herausforderungen in den Grundschulen steigen, deren Leistungsfähigkeit bei der Leseförderung jedoch noch nicht. Die auf fast 19 Prozent gestiegene Zahl der leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler ist alarmierend. Leseförderung gehört im „Land der Dichter und Denker“ endlich in den Mittelpunkt - unabhängig von Herkunft der Schülerschaft und Postleitzahl der Schule. Dringend notwendig ist daher eine gemeinsame Bildungsoffensive von Bund, Ländern, Kommunen mit außerschulischen Partnern.

Die Lesefähigkeit von Kindern ist elementar für den Bildungsweg und spätere Berufschancen. Gute Grundbildung für alle muss deshalb in Deutschland einen höheren Stellenwert bekommen. Ein Messen von Bildungsleistungen reicht nicht aus, viel notwendiger sind gezielte Konsequenzen und gemeinsames Handeln. Nur so können Ergebnisse der Bildungsforschung zu konkreten Verbesserungen in den Schulen führen.

Wir brauchen mehr Bildungsqualität und die Verbesserung der Bildungschancen von Anfang an. Dafür müssen von allen staatlichen Ebenen die Investitionen in individuelle Förderung gesteigert werden. Damit Bund, Länder und Kommunen dafür ohne Hürden an einem Strang ziehen können, muss das Kooperationsverbot in der Bildung im Grundgesetz endlich gänzlich fallen. Dann kann ein neues Bund-Länder-Ganztagschulprogramm vereinbart und gestaltet werden. Nach dem großen Bauprogramm von Rot-Grün brauchen wir jetzt ein Programm, das mehr Qualität durch individuelle Förderung zum Ziel hat.